



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Woellwarth, Albrecht von: Londoner Briefe

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Sondener Brief

Von Albrecht Freiherr von Woellwarth in London



seit fast sieben Jahren haben sich die englischen Liberalen als Regierungspartei gehalten. Freilich war dies von den Wahlen des Jahres 1910 ab nur in enger Koalition mit den irischen Nationalisten und der Arbeiterpartei möglich. Aber dank dieser Koalition steht der Liberalismus heute an der Schwelle der Verwirklichung seines historischen Programms. Für die Selbstregierung Irlands hatte Gladstone in den letzten acht Jahren seines politischen Wirkens in erster Linie gekämpft. Auf ihn geht auch der Plan der Entstaatlichung der Kirche in Wales zurück, wo die Vorrechte der englischen Staatskirche in einem gewissen Widerspruch mit dem hohen Prozentsatz der nonkonformistischen Bevölkerung stehen. Eine dritte Vorlage, die in nächster Zeit das englische Parlament beschäftigen wird, hat eine weitere Demokratisierung des Wahlrechts zum Ziel; auch dies ist eine Fortsetzung Gladstonescher Politik.

Eine Fülle gesetzgeberischer Arbeit hat die Parlamentsmaschine gerade jetzt zu bewältigen. Die Regierung ist gezwungen, ihre Vorlagen mit einer Einschränkung der Redefreiheit, die immer aufs neue die Kritik der Opposition herausfordert, durch das Unterhaus hindurchzupressen. Die Verfassungsänderung von 1910 hatte dem Oberhaus ein suspensives Vetorecht gelassen. Da die Opposition im Hause der Lords eine überwältigende Mehrheit besitzt, so ist als sicher anzunehmen, daß es jedenfalls die Home-Rule-Bill, wahrscheinlich aber auch die beiden anderen Gesetze, verwerfen wird. Die endgültige Entscheidung kann dann erst in zwei Jahren erfolgen, falls nicht inzwischen Neuwahlen stattfinden, die die ganze Situation verändern. Der Widerstand der Protestanten von Ulster, der von den englischen Unionisten heftig geschürt wird, kann der Regierung bei der Durchführung des Gesetzes noch manche schwere Stunde bereiten.

Dafür beginnt sich in anderer Hinsicht die Lage zu klären. Am 15. Januar ist das große soziale Werk des Schatzkanzlers Lloyd George, der der populärste und zugleich gehäßteste Staatsmann Englands ist, in Kraft getreten. Seine Versicherungsgesetzgebung mußte sich die herbste Kritik gefallen lassen, sie bildete den Trumpf der Unionisten bei allen Nachwahlen, während man die Tarifreformfrage sorgfältig vermied. Auch in Deutschland wurde über die Klebe-gesetze bei deren Einführung wacker geschimpft. Der Engländer ist aber noch viel mehr daran gewöhnt, Herr im Hause zu sein, und diese Eingriffe in das tägliche Leben mußten als etwas Unerhörtes empfunden werden. Für die Agitation gegen die „licking stamps“ waren die letzten sechs Monate eine besonders günstige Zeit, denn wenn auch das Markenkleben nur von den Arbeitgebern verlangt wird, so hatten die Versicherten zwar während dieses halben Jahres schon zu bezahlen, bekamen aber noch keine Prämien. Aber schon in diesen Tagen, wo die ersten Auszahlungen erfolgen, kann man einen Umschwung bemerken. Mit einem abrupten Frontwechsel, der in der englischen Presse nicht ganz selten ist, hat sich eine Anzahl unionistischer Organe kurzerhand entschlossen, das anzubeten, was sie gestern verbrennen wollten. Vielleicht erleben wir bald, daß die Unionisten sich als die eigentlichen Urheber des Gesetzes vorstellen werden. In praktischer Beziehung wird man auch in England noch manche Erfahrungen machen müssen. Von wesentlicher Bedeutung ist, daß der Widerstand der Ärzte gebrochen ist. Obwohl die British Medical Association trotz erheblicher Zugeständnisse der Regierung ihren Protest bis zuletzt aufrecht-erhalten hat, hat sich bis zu dem letzten Termin die unbedingt notwendige Anzahl arbeitswilliger Kassenärzte zur Verfügung gestellt.

Während der Streit um das Versicherungsgesetz im Lande tobte, wurde die parlamentarische Behandlung der Homerule-Bill und der Welsh Disestablishment-Bill sehr ruhig, nüchtern und geschäftsmäßig erledigt. Zwar ereignete sich ein für die Regierung bedenklicher Zwischenfall, als bei einer ganz neben-sächlichen Frage die auffällig schwach vertretenen Anhänger der Regierung von der Opposition überstimmt wurden. Die Regierung kam zwar über diese „snap division“ mit einem Zeitverlust von vierzehn Tagen hinweg, allein es ist mit solch einer snap division wie mit einem Schlaganfall, er kann wieder kommen und dann tödlich sein. In den Augen der öffentlichen Meinung bedeutet so ein Vorgang eine gründliche Blamage, die eine Regierung ein zweites Mal nicht gut überstehen kann. Während dieser Parlamentssession gab sich die Opposition alle Mühe, das Land zu ausdrucksvollen Protesten gegen die Regierungspolitik zu gewinnen. Es gelang ihr aber nicht, die verhältnismäßige Apathie gegen die Vorgänge im Parlament zu überwinden und die Volksstimmung in dem Maße zu ihren Gunsten einzunehmen. Wer sich überhaupt für Politik interessierte, dem waren der Krieg und die in London tagenden internationalen Konferenzen viel wichtiger. Und dann waren die „Springbocks“ da, das heißt die südafrikanische Fußballmannschaft, die der Reihe nach alle

berühmten englischen Klubs schlug. Ihre Unbesiegbarkeit bot für den „Mann auf der Straße“ einen viel näher liegenden und aufregenden Gesprächsstoff als das Schicksal irischer Wünsche oder walliser Kirchenfonds.

Es bedurfte erst wieder einer gründlichen Sensation, um auf die innere Politik hinzulenken. Dafür sorgte die neueste Krise innerhalb der Oppositionspartei selbst. Wieder war es die Frage der Tarifreform, die den Anstoß zu dem jüngsten Zwist im unionistischen Lager gegeben hat. Seit bald zehn Jahren bildet sie im Grunde das einzige positive Parteiprogramm der Opposition. In der Zeit einer wirtschaftlichen Depression und noch unter dem Eindruck des kürzlich überstandenen Burenkrieges hatte Joseph Chamberlain sein großartiges Programm entwickelt. Dem ganzen britischen Reich sollte durch Schutzzoll nach außen und durch Vorzugszölle im Innern ein festerer Zusammenhalt, dem Mutterland aber ein starker wirtschaftlicher Auftrieb gegeben werden. Die Zugkräftigkeit des Chamberlainschen Programms war groß genug, um im Laufe der nächsten Jahre die unionistische Partei in ihrer großen Mehrheit zum Schutzzoll zu bekehren, freilich mit dem Opfer des Abfalls zahlreicher freihändlerischer Elemente. Damals verlor die Partei viele Anhänger in den Industriegebieten von Manchester und Lancashire. Die Bevölkerung dort ist in erster Linie freihändlerisch und wählt bei den allgemeinen Wahlen liberal, um eine Freihandelsmehrheit zu sichern. Viele unter diesen liberalen Wählern sind aber im Herzen unionistisch und namentlich Homerule-Gegner. So geben sie denn bei den Nachwahlen, wo die Gefahr des Entstehens einer schutzzöllnerischen Mehrheit nicht vorhanden ist, ihre Stimme dem unionistischen Kandidaten, dessen politische Stellung in anderen Fragen ihnen mehr zusagt. Auf diese Weise kommen manche der überraschend glänzenden Erfolge der Opposition bei Nachwahlen zustande.

Mit dieser Bekehrung der unionistischen Partei schien aber auch die Sieghaftigkeit der Schutzzollidee erschöpft, denn in ihrem Zeichen ging seit 1906 jede Wahl verloren.

Die Tarifreformer selbst waren sich über das Maß und die Ausdehnung des Schutzzolls, den man anstrebte, nie ganz einig. Von Anfang an war die Frage der Lebensmittelzölle der strittige Punkt. Hier kollidierten die Interessen der englischen Konsumenten mit den Wünschen der Landwirtschaft, namentlich der kolonialen Landwirtschaft. Ein Hauptziel der Tarifreform war ja, die Kolonien enger mit dem Mutterlande zu verknüpfen. Ihre Ausfuhr besteht auf lange Zeit hinaus hauptsächlich aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen, namentlich Weizen. Deshalb haben die Kolonien ein lebhaftes Interesse daran, daß der englische Markt ihnen durch Vorzugszölle leichter zugänglich gemacht wird als der ausländischen Konkurrenz, die man durch Hochschutzzölle fernhalten sollte. Auch die unbedeutende englische Landwirtschaft erhofft von Zöllen auf Fleischeinfuhr noch eine kleine Besserung ihrer recht kläglichen Lage. Daß durch den Schutzzoll eine weitere Preissteigerung bedingt sein würde, ist vorauszusehen und die Schwierigkeit ist groß, dem konsumierenden Wähler diese Aussicht zu verschönen.

Vor den allgemeinen Wahlen im Januar 1910 gaben Balfour, der damalige Führer der Konservativen, und Chamberlain das feierliche Versprechen, daß die Lebensmittelzölle im Verein mit entsprechender Herabsetzung der bestehenden Steuern, z. B. auf Zucker und Tee, die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen nicht verteuern würden. Die Unionisten verloren die Wahl, wenngleich die Liberalen einen erheblichen Teil ihrer Sitze einbüßten, was bei der unnatürlich großen Mehrheit, die sie seit 1906 inne hatten, zu erwarten war. Mr. Balfour ließ nun die Forderung des Zolls auf Weizen fallen. Noch im Dezember des gleichen Jahres kam es zu einer zweiten allgemeinen Wahl. Die Unionisten zogen in den Kampf mit der Verheißung, im Falle ihres Sieges die ganze Tarifreformfrage einschließlich der Lebensmittelzölle dem Lande als Referendum zu unterbreiten. Wieder verloren sie die Wahlschlacht.

Im Sommer 1912 vollzog sich nunmehr auch äußerlich die Vereinigung der ehemals liberalen und konservativen Unionisten. Ihr bisheriger Führer im Unterhaus, Arthur Balfour, gegen den sich eine starke Strömung in der Partei bemerkbar machte, trat zurück. Als sein Nachfolger kam Austin Chamberlain, das Haupt der intransiganten Tarifreformer und Walter Long in Betracht. Man konnte sich nicht auf einen der beiden einigen und so wurde als Kompromißmann Herr Bonar Law zum offiziellen Führer gewählt. Seitdem steht er mit dem Führer der Opposition im Oberhaus, Marquis of Lansdowne, an der Spitze der Partei.

Auf dem Parteitag, der vor zwei Monaten in der Londoner Albert Hall stattfand, zog Lord Lansdowne das Referendumversprechen, für das er selbst noch vor etwa anderthalb Jahren eingetreten war, als „ungeschäftsmäßig“ zurück. Auf der gleichen Tagung erklärte Herr Bonar Law, daß die Unionisten die Erhebung von Einfuhrzöllen anstrebten. Jedoch sollte dann durch entsprechende Herabsetzung der bestehenden Steuern ein Ausgleich geschaffen werden.

Auf diese Rundgebung der Führer folgten deutliche Proteste vor allem aus dem Industriegebiete im Norden und sie fanden Zustimmung in einem Teil der hauptstädtischen Parteipresse. In einer Nachwahl zeigte sich ein merklicher Stillstand in dem Anwachsen der unionistischen Stimmen, an das man bei früheren Nachwahlen gewöhnt war. Herr Bonar Law aber glaubte seinen Mißgriff wieder gut machen zu sollen und sagte am 16. Dezember in Ashton-under-Lyne:

„Die unionistische Partei würde, wenn sie zur Regierung käme, an und für sich nicht auf Lebensmittelzöllen bestehen. Diese Frage muß alsdann einer Reichskonferenz unterbreitet werden, Wenn die Kolonien keinen Wert darauf legten, daß England ihrer Ausfuhr von Agrarprodukten nach dem Mutterlande eine Vorzugsbehandlung zuteil werden läßt, so würde auch auf die nicht-britische Agrareinfuhr kein Zoll gelegt werden. Wenn die Kolonien aber diese Zölle für ein notwendiges Bestandteil eines handelspolitischen Differentialsystems des Reiches hielten, so würde sich wohl auch das englische Volk damit einverstanden erklären.“

Mit einer Rundgebung war der offene Zwist entfacht. Die unionistische Presse spaltete sich in zwei Lager. Auf der einen Seite standen als Organe der unentwegten Anhänger der Tarifreform, einschließlich der Agrarzölle, die Morning Post, die Pall Mall Gazette. Auf der Gegenseite führte die Times und die anderen Lord Northcliffe gehörenden Zeitungen wie die Evening News, die Daily Mail und der Daily Mirror. Im gleichen Sinne äußerte sich der Daily Telegraph, mehrere angesehenere Provinzblätter und der Spectator, der immer trotz seiner konservativen Richtung für Freihandel eingetreten war. Die Abgeordneten gingen gleich darauf in die Weihnachtsferien und benutzten diese Zeit, um sich von der Stimmung im Lande zu unterrichten.

Den Wählern leuchtete es im allgemeinen wenig ein, das man die Richtlinien der englischen Wirtschaftspolitik von einem Beschluß der Kolonien abhängig machen solle. Entweder Lebensmittelzölle sind erforderlich, schön, so soll man darauf bestehen. Braucht man sie aber nicht, so würde es zu weit gehen, den Kolonien zuliebe ein solches wirtschaftliches Opfer zu bringen. Es ist auch mehr als wahrscheinlich, daß die Kolonien, wenn sie vor die Entscheidung gestellt werden, im Sinne von Lebensmittelzöllen gegen das Ausland und Vorzugszöllen zugunsten ihres eigenen Exports entscheiden würden. Die Stimmung der Tarifreform gegenüber hatte sich geändert. Als Joseph Chamberlain 1903 seine Agitation begann, litt das Land unter einem wirtschaftlichen Druck. Heute aber steht England in einer Zeit unerreichter Prosperität.

Wenn man sich über etwas beklagen kann, so ist es die fortschreitende allgemeine Preissteigerung, die sich im Lande des Freihandels so gut wie in den Schutzzollstaaten des Kontinents herausgebildet hat. Das ist aber jedenfalls nicht der geeignete Zeitpunkt, um die Masse von der Notwendigkeit einer so durchgreifenden Änderung der Wirtschaftspolitik zu überzeugen, zumal, wenn diese Umwälzung mit dem greifbaren Risiko verbunden ist, daß man der Teuerungskalamität neuen Vorschub leistet. Viele Konservative hatten überhaupt die ganze Tarifreform gründlich satt, zum Siege bei den Wahlen hatte sie noch nie geführt, dafür aber war sie schuld an all den Krisen, die die Stoßkraft der Partei schwächten. Dieser Umschwung in der Stimmung der Wähler fand einen überraschend starken Reflex in den Ansichten der Parlamentsmitglieder. Man hatte bisher angenommen, daß fast die ganze 282 Mann starke Parlamentsfraktion auf dem Boden des Schutzzollprogramms stand. Nach den Weihnachtsferien zählte man aber nur noch siebenzehn unentwegte Anhänger des Tarifreformprogramms, einschließlich der Lebensmittelzölle, an ihrer Spitze natürlich Austin Chamberlain.

Man hatte im Lande mit herber Kritik der Parteileitung nicht zurückgehalten und zweifelsohne hatten Herr Bonar Law sowohl wie Lord Lansdowne ernstlich Rücktrittsgedanken erwogen. Allein ein Wechsel in der Führung der Partei hätte die Gegensätze innerhalb der Partei verstärkt aufleben lassen und ihr Vorhandensein Freunden wie Feinden gegenüber noch mehr betont. So blieb

man denn schon lieber bei Herrn Bonar Law und unterzeichnete sogar nahezu geschlossen ein Vertrauensvotum, dessen Zustandekommen auf einem merkwürdigen Kompromiß basiert. Die Partei bekennt sich prinzipiell zur Tarifreform und zu Vorzugszöllen zugunsten der überseeischen Reichsteile. Sie wird aber, selbst wenn die nächsten allgemeinen Wahlen ihr die Mehrheit im Parlament bringen, nicht sofort zur Durchführung ihres Programms schreiten, sondern seine Verwirklichung von einer zweiten allgemeinen Wahl abhängig machen. Dieser Beschluß bedeutet die Wiederaufnahme des Referendumversprechens in anderer Form.

So ist die Einigkeit äußerlich wenigstens trotz einiger grollenden und enttäuschten Reden Austin Chamberlains und der Seinen im großen ganzen wiederhergestellt. Das Prestige der Partei ist durch diese Vorgänge sicherlich nicht gehoben worden. Es muß sich zeigen, ob die Unzufriedenheit mit den Maßnahmen der Regierung groß genug ist, um bei den nächsten Nachwahlen einen Rückschlag zum Schaden der Unionisten zu verhindern. Bis zu den allgemeinen Wahlen, die ordnungsgemäß im nächsten Jahre stattfinden haben, kann sich noch so viel ereignen, daß Mutmaßungen darüber verfrüht sind. Man sprach auch davon, die Regierung wolle die momentane Schwierigkeit der Opposition benutzen, um sich eine bedeutendere Mehrheit zu sichern. Allein die gespannte europäische Lage muß, solange sie in der gegenwärtigen Weise andauert, auch nur die Möglichkeit eines Regierungswechsels vermeiden lassen. Sir Edward Greys auswärtige Politik wird von dem unbegrenzten Vertrauen des englischen Volkes getragen, und die unionistische Partei würde es sich selbst nicht verzeihen, diesen Staatsmann mit dem Kabinett Asquith im jetzigen kritischen Zeitpunkt, auch wenn sie es vermöchte, zu stürzen. Es wäre begreiflich, wenn die liberale Regierung ganz gern 1914 abträte, um nach Vollendung ihrer großen Aufgabe in einer vorübergehenden Oppositionsstellung neue Kräfte zu sammeln. Die nächsten Wahlen verschlechtern insofern die Chancen der Regierung, als die Zahl der zur Regierungskoalition gehörigen Iren im Parlament zu Westminster nach Einführung der Selbstregierung Irlands um zwei Drittel verringert wird.

Als das nächste große Projekt, mit dem die Koalition der Regierungsparteien vor das englische Volk treten würde, galt bisher die Landkampagne, d. h. der Feldzug gegen das System der Grundherrschaften. Die Steuerpolitik Lloyd Georges macht schon heute den englischen Latifundienbesitzern schwere Sorgen. Die Arbeiterpartei und der radikale Flügel der Liberalen drängten auf diesem Weg energisch weiter zu schreiten und es schien so, als ob der Schatzkanzler sich an die Spitze dieser Agitation stellen würde. Aber dieser Kampf gegen die Landlords erregte bei den grundbesitzenden Liberalen, zumal den liberalen Peers gelindes Mißbehagen und den gemäßigten Elementen, namentlich in den Grafschaften schien dieses Vorgehen bedenklich. So entschloß man sich denn diese Kampagne zum mindesten zurückzustellen. Dafür verkündigte der Lordkanzler Biscock eine gründliche Neugestaltung des

englischen Erziehungswesens als die kommende Aufgabe der Regierung. Das ist ein Ziel das nicht nur die Liberalen geschlossen, sondern auch viele Konservative anstreben. Ob man sich über die Wege einigen kann, ist eine andere Frage.

Vorher noch wird die Stimmrechtsreform zur Erledigung kommen. Durch sie soll das bestehende Pluralwahlrecht abgeschafft werden, d. h. die Möglichkeit bei mehreren Wohnsitzen oder Geschäftsräumen von bestimmter Mietshöhe in verschiedenen Wahlkreisen abstimmen zu können. Durch diese Änderung fällt die Vorzugsstellung der City. Sie hat bis jetzt 31 000 Wähler, die zwei Abgeordnete in das Unterhaus entsenden (einer der beiden ist Balfour). Künftig werden in der City nunmehr die tatsächlich dort wohnenden Wähler registriert werden. Auf diese Weise bleiben nicht einmal 3000 übrig, die sich mit einem Abgeordneten zu begnügen haben. Ferner schwindet so das Vorrecht der alten Universitäten Oxford, Cambridge und Trinity College zu Dublin, die durch je zwei, Edinburgh, Glasgow und London, die durch je einen Abgeordneten in dem Parlament von Westminster vertreten sind. Durch diese Vorlage der liberalen Regierung werden zehn sichere unionistische Mandate gelöscht. Eine weitere vom historischen Standpunkt aus bedeutsame Änderung enthält die Reformvorlage: die Peers sollen künftighin zum House of Commons wahlberechtigt sein. Das Hauptinteresse des Publikums wird sich während der Wahlrechtsdebatte der Beratung der Amendements zuwenden, die von verschiedener Seite gestellt wurden. Sie haben das Ziel in mehr oder minder großer Ausdehnung den Frauen das Stimmrecht zu gewähren. Der erste dahingehende Zusatzantrag ist von Sir Edward Grey eingebracht. Das Kabinett selbst ist bezüglich dieses Problems geteilter Meinung. Frauenstimmrecht wird also nicht als Parteifrage behandelt werden und hat auf beiden Seiten Freunde und Feinde. Den Greyschen Antrag haben Unionisten, z. B. Lord Robert Cecil, ein Sohn des alten Marquis von Salisbury mit unterzeichnet. Aller Voraussicht nach wird die Wahlrechtsreform in der Regierungsfassung ohne Frauenstimmrecht angenommen werden.

Was in erster Linie die Stellung der Regierung in dieser wie in anderen Kämpfen gesichert erscheinen läßt, ist das Fehlen geeigneter staatsmännischer und agitatorischer Persönlichkeiten in den Reihen der Opposition. Sollte es je in naher Zukunft doch zu einem Wechsel in der Parlamentsmehrheit kommen, so würde auch wohl nicht Herr Bonar Law, sondern der freilich schon 68 jährige Marquis von Lansdowne an die Spitze des Kabinetts treten.

